



Kandersteg, 24.06.2026

Mitteilung des Gemeinderates Kandersteg zur geplanten Asylunterkunft

Eine Delegation des Gemeinderates, ein Vertreter der IG Asylzentrum Kandersteg, der Rechtsanwalt der Gemeinde sowie ein Bausachverständiger führten am 23.06.2026 ein Gespräch mit dem Amt für Integration und Soziales des Kantons Bern und einer Delegation betreffend der geplanten Asylunterkunft in Kandersteg.

Der Gemeinderat nimmt mit grosser Enttäuschung zur Kenntnis, dass der Kanton trotz des klaren und breit abgestützten Widerstands der Bevölkerung an seinem Vorhaben festhält und die Asylunterkunft gegen den Willen der Gemeinde eröffnen will.

Besonders befremdlich ist, dass seitens des Kantons von einer «gewünschten Einigung» gesprochen wird, gleichzeitig aber bereits zu Beginn des Gesprächs erklärt wurde, dass die Anzahl der Plätze nicht verhandelbar sei. Unter diesen Voraussetzungen kann von ergebnisoffenen Verhandlungen und einer echten Suche nach einem Konsens kaum die Rede sein.

Als einziges Entgegenkommen wurde eine Reduktion der vorgesehenen Belegung um 25 Prozent angeboten. Konkret bedeutet dies, dass bei einer Kapazität von 150 Plätzen eine maximale Belegung von 80 Prozent beziehungsweise 120 Personen vorgesehen ist.

Zudem verweigerte der Kanton der Gemeinde trotz Berufung auf das Öffentlichkeitsprinzip die Einsicht in den Mietvertrag. Der Gemeinderat erachtet dies als nicht nachvollziehbar. Er hat deshalb seinen Rechtsanwalt beauftragt, die Offenlegung des Mietvertrages auf dem Rechtsweg einzufordern.

Das neue Baugesuch soll bereits in der kommenden Woche eingereicht werden. Der Gemeinderat hat deshalb einen unabhängigen Bausachverständigen sowie einen Rechtsanwalt beauftragt, das Baugesuch nach dessen Publikation umfassend zu prüfen und den Mitbericht der Gemeinde zu verfassen. Dieser Mitbericht bildet die Voraussetzung für die Einreichung einer allfälligen Beschwerde.

Der Vorsteher des Amtes für Integration und Soziales erklärte zudem, dass der Kanton bereit sei, eine Verzögerung des Projekts von zwei bis drei Jahren in Kauf zu nehmen. Diese Aussage verdeutlicht, dass der Kanton seinen Kurs offenbar unabhängig von den Anliegen und Bedenken der betroffenen Gemeinde durchsetzen will.

Der Gemeinderat wird sämtliche rechtlichen Möglichkeiten sorgfältig prüfen und ausschöpfen. Er erwartet vom Kanton einen transparenten Umgang, einen echten Dialog auf Augenhöhe und die ernsthafte Berücksichtigung der Anliegen der Gemeinde und ihrer Bevölkerung. Der Gemeinderat wird die Einwohnerinnen und Einwohner weiterhin transparent über die weiteren Entwicklungen informieren und sich mit Nachdruck für die Interessen und die Lebensqualität in Kandersteg einsetzen.

Gemeinderat Kandersteg
